

N i e d e r s c h r i f t **der 8. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des** **Bildungsausschusses am 05.04.2005**

öffentlich

Ort: Sekundarschule "Robert Koch", Zeitzer Str. 9, 06132 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Elisabeth Nagel	PDS
Herr Erhard Preuk	PDS
Herr Hendrik Lange	PDS
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Sabine Wolff	Neues Forum
Frau Dr. Gesine Haerting	Bündnis
90/DIE GRÜNEN	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR
HALLE	
Frau Maike Fischer	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Frau Helga Koehn	SKE
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Herr René Trömel	SKE
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Herr Andreas Schachtschneider	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Frau Petra Meißner	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.03.2005
4. Vorstellung der Sekundarschule "Robert Koch"
Berichterstattung: Schulleiterin Frau Dreißigacker
5. Bericht zur schulbezogenen Sozialarbeit der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung: Geschäftsbereich V
6. Information und Diskussion zum Stand der Anmeldungen an weiterführenden Schulen
7. Anträge
8. Anfragen, Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Wird ohne Beanstandungen festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Wird mit folgenden Änderungen einstimmig bestätigt.

TOP 5 wird von der Tagesordnung genommen.

TOP 7, den Widerspruch der Oberbürgermeisterin betreffend, wird zusätzlich aufgenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.03.2005

Wortprotokoll:

Die Niederschrift wird einstimmig angenommen.

**zu 4 Vorstellung der Sekundarschule "Robert Koch"
Berichterstattung: Schulleiterin Frau Dreißigacker**

Wortprotokoll:

Vorstellung der SK »Robert Koch« durch die Schulleiterin **Frau Dreißigacker**:

Die Schule hat zwei Fusionen hinter sich und die dritte Fusion vor sich. Sie arbeitet nach dem Konzept der Ganztagschule mit einem teilweise gebundenen Modell. Bedeutende Projekte sind das internationale Comenius-Projekt »fit for life« und das Projekt »Gesund leben ohne Sucht«.

Frau Dr. Bergner fragt nach den besonderen Problemen an der Schule.

Frau Dreißigacker sieht keine Probleme besonderer Art. Wie überall gibt es Schüler, die bummeln, rauchen und auch Alkohol trinken und Schüler, die das nicht tun. Benötigt werden dringend neue Fenster. Die Flure müssen renoviert werden.

Frau Dr. Haerting fragt nach den Abschlussquoten und nach der Verfassung der Schüler/innen nach den Fusionen.

Frau Dreißigacker sieht z.Z. fünf Schüler von 65 in der Klassenstufe 10 gefährdet. Seit März gibt es jeden Montag Gespräche mit Schülern und Eltern, um individuelle Zielstellungen abzustecken. Die Hauptschulklassen in der Klassenstufe 7 sind zu großen Teilen überaltert.

Frau Schwabe fragt, wie bei den Fusionen die Mischung erfolgte.

Frau Dreißigacker sagt, dass jede Schule die gleiche Anzahl von Klassen auflöst und die gleiche Anzahl weiterlaufen lassen kann. Gruppierungen der Schüler/innen werden bei der Klassenbildung berücksichtigt.

Frau Dr. Haerting fragt zum »offenen Schulhof«.

Frau Dreißigacker antwortet, dass die Probleme geringer sind als zu befürchten war. Zerstörungen gibt es kaum. Verunreinigungen nach dem Wochenende beseitigt der Hausmeister.

Frau Dr. Bergner fragt nach dem Prinzip der Hausmeister-Zuweisung und nach dem Verhältnis zur EDEKA-Kaufhalle.

Frau Dreißigacker erklärt, dass der Hausmeister vom ZGM zugeleitet wurde. Sie favorisiert das alte Hausmeistermodell. Zum EDEKA-Geschäftsführer gibt es einen direkten Kontakt. Bei Problemen ist daher ein kurzer Verständigungsweg möglich.

**zu 5 Bericht zur schulbezogenen Sozialarbeit der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung: Geschäftsbereich V**

Wortprotokoll:

Tagesordnungspunkt ist gestrichen

zu 6 Information und Diskussion zum Stand der Anmeldungen an weiterführenden Schulen

Wortprotokoll:

Stand der Anmeldungen an weiterführenden Schulen – **Herr Hildebrand** informiert, dass die

Anmeldungen im wesentlichen gelaufen sind.

Eine Tabelle mit den konkreten Zahlen lag als Tischvorlage vor.

Was die Zügigkeitsrichtwerte angeht ist keines der Gymnasien gefährdet. Ausnahmegenehmigungen gibt es für das Wolff- sowie das Südstadtgymnasium. Im Sekundarschulbereich ist die Situation kritischer, da müssen bis auf zwei Schulen Ausnahmegenehmigungen gestellt werden. Prekär ist die Situation insbesondere an der SK AHF und der SK Wittekind.

Frau Dr. Haerting fragt nach der 5. Klasse in der SK Wittenkind.

Herr Hildebrand bestätigt, dass die 5. Klasse in der SK Wittekind nicht eröffnet wird. In der Weidenplanschule werden zwei 5. Klassen geführt.

Herr Kneissl fragt nach dem Stand der geplanten Gesamtschule in freier Trägerschaft.

Herr Hildebrand ist dazu nicht auskunftsberechtigt. Er verweist jedoch darauf, dass der FB eine private Gesamtschule ablehnt. So wurde auch beim Kultusministerium argumentiert.

Herr Ochs verweist auf zahlreiche Anträge an der Weidenplanschule (30% ehemalige Gymnasiasten). Bei der AHF hofft er, dass sich im kommenden Jahr der Zugang auf Grund hoher Zugangskriterien bei den Gymnasien erhöht.

Frau Schwabe fragt nach dem Umfang des Wechsels vom Gymnasium zur Gesamtschule.

Frau Dr. Bergner fragt, worauf die Hoffnung auf das Erteilen von Ausnahmegenehmigungen resultieren.

Herr Hildebrand verweist auf die 400 mehr erwarteten Erstklässler im Schuljahr 2007/08 als in den jetzigen 1. Klassen.

zu 7 Anträge

Wortprotokoll:

Frau Dr. Bergner

1. Zur Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung wird eine Zeitschiene vorgegeben. Der späteste Zeitpunkt ist die Behandlung in der Oktobersitzung 2005.

2. Die Auenschule wird als 10. Standort in die Wirtschaftlichkeitsberechnung der PPP-Modelle einbezogen (eventuell als Alternativmodell zur Huttenschule). Der Bildungsausschuss wird einen Antrag formulieren.

Herr Hildebrand

Der 1. Antrag wird von der Verwaltung mitgetragen.

Der Antrag 2 ist problematisch, da die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit des Standorts Auenschule nicht vertraglich gebunden ist. Der Vertrag ist vergeben. Der Auftrag lässt sich nicht einfach erweitern. Zusätzliche Kosten müssen nachgefragt werden. Er bemüht sich um ein Sondierungsgespräch mit dem Unternehmen.

Herr Dr. Schmidt sieht es als problematische an, wenn der ganze Prozess dadurch verschoben würde.

Frau Schwabe meint, dass unter diesen Bedingungen die Schulwegeproblematik genau anders herum zu betrachten sei. Irgendwann muss grundsätzlich entschieden werden.

Herr Lange bittet die Verwaltung zu versuchen, kostenneutral zu verhandeln.

Frau Dr. Haerting möchte, dass in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht ausschließlich die Schulnutzung betrachtet wird. Andere Nutzungen könnten mitübernommen werden.

Herr Hildebrand widerspricht einem solchen Wunsch.

Frau Dr. Bergner erklärt die Intention des Antrags. Voraussetzung für PPP-Modell ist die sichere Schüler/innenzahl. Das bedeutet die Huttenschule wird festgeschrieben. Da wird sie nicht mitgehen.

Herr Hildebrand erwidert, dass, wenn die Auenschule unter diesem Aspekt geprüft wird, müssen die Eltern der Huttenschule neu befragt werden.

Herr Dr. Schmidt beantragt, dazu nicht im Bildungsausschuss abzustimmen. Er soll im Stadtrat behandelt werden. Es dürfe nicht das gesamte PPP-Vorhaben in Gefahr gebracht werden.

Frau Dr. Haerting will ebenfalls zunächst in der Fraktion beraten.

Herr Bauersfeld stellt den Antrag, die Fördermittel für das Cantor-Gymnasium vorzeitig abzurufen, um mit dem Turnhallenbau beginnen zu können.

Herr Hildebrand kann dem Antrag nicht folgen. Die Förderfähigkeit ist noch nicht entschieden. Erst wenn der Fördermittelbescheid ergangen ist, kann begonnen werden.

Frau Dr. Bergner argumentiert gegen den Widerspruch der Oberbürgermeisterin in folgenden Punkten:

Die angeführten Investitionssummen sind nicht zutreffend, da nur die untere Etage der Auenschule zu nutzen ist. Die Umzugskosten sind gegen zu rechnen und Sicherung leerstehender Gebäude.

Von rückläufigen Schüler/innenzahlen in den nächsten Jahren ist nicht auszugehen, eine Stabilisierung der Zahlen ist zu erwarten.

Die im Vergleich aufgeführten großen Grundschulen (GS Neumarkt, GS AHF, GS Kastanienallee) befinden sich in zentraler Lage und damit nicht vergleichbar.

Das Argument der Bestandssicherung greift nicht, weil keine Einzugsbereichsüberschneidungen erkennbar sind. Bei einer Fusion am Standort Huttenschule wird der Schulweg sehr kritische gesehen. (Verweist „Kinderfreundlichkeitsprüfung 2003“) Ein sorgfältiges Abwägen im Sinne der Kinder als Argument der Stadtverwaltung wird nicht erkennbar. Wichtigstes Argument der Ablehnung des Beschlussvorschlages ist die Terminsituation.

Da im Widerspruch festgestellt wird, dass der Beschluss des Stadtrats im Sinne von § 62 GO zwar als nachteilig, jedoch nicht gesetzwidrig charakterisiert ist, könne er im kommenden Stadtrat wiederholt und dann endgültig angenommen werden.

Frau Koehn kann als Sportlehrerin die unsanierte Turnhalle der Auenschule nur ablehnen.

Herr Lange verweist auf andere Turnhallen in einem ähnlichen oder schlimmeren Zustand.

Herr Münch erklärt, dass die Elternvertretung nicht die Größe der geplanten Schule ablehnt, sondern den langen Schulweg.

Herr Hildebrand antwortet, dass bei der Neumarktschule die längeren Schulwege von zahlreichen Eltern bewusst in Kauf genommen werden.

Herr Dr. Schmidt erinnert daran, dass diese Argumente in den Sitzungen des Bildungsausschusses seit Jahren ausgetauscht werden. Das grundsätzliche Problem einer inzwischen überdimensionierten Schul-Infrastruktur wird damit nicht gelöst.

Herr Dr. habil. Marquardt erklärt, dass die aktuelle Haushaltlage den Spielraum für die Umsetzung von Glaubensbekenntnissen inzwischen schmerzhaft einschränkt. Was liegt angesichts der bestehenden Situation im Interesse der Kinder. Verteilung des Vorhandenen mit der Gießkanne oder Konzentration der Schulstandorte zu stabilen qualitativ guten Schulen. Das ist eine grundsätzlich zu beantwortenden Frage. Bei allen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass die im Geschäftsbereich Kultur und Bildung bestehenden strukturellen Defiziten auch im GB IV zu decken sind.

Herr Bauersfeld meint, dass es zunächst nicht um die Mittel für eine volle Sanierung der Auenschule gehen muss. Zunächst reicht es, die Miete und den Betriebskosten für das verbleibende halbe Kalenderjahr einzuplanen.

Herr Trömel nimmt an, die Fusionierung ist auch deshalb noch nicht relevant, weil sie im HH-Plan Entwurf 2005 noch nicht berücksichtigt wurde.

Frau Wolff hält den Widerspruch der Oberbürgermeisterin für überzogen. Sie stellt fest, dass die Schulen keine hohe Priorität in der Stadt genießen. Sie ist der Meinung, das erneute Votum in der April-Sitzung des Stadtrats abzuwarten.

Herr Lange fragt, ob eine Fusion zum jetzigen Zeitpunkt noch in geordneten Bahnen verlaufen kann. Er kündigt einen Antrag seiner Fraktion für den nächsten Bildungsausschuss an. Die im Widerspruch dargestellten finanziellen Auswirkungen bezeichnet er als unzutreffend.

Herr Münch fragt nach dem Prinzip der Deckung der im Verwaltungshaushalt eingestellten Positionen.

Herr Dr. habil. Marquardt bestätigt das Prinzip der Deckung. Er mahnt noch einmal an, endlich damit aufzuhören, Dinge weiterhin nur zu schieben und nicht grundsätzlicher zu lösen.

Herr Dr. Schmidt skizziert Szenarien, die – gleich wie sich Stadtrat und Verwaltung in dem jetzt strittigen Fusionierungs-Fall entscheiden – in den kommenden Jahren Realität werden. Er warnt vor einer Haltung, wie sie von der Mehrheit des Bildungsausschusses in diesem Fall vertreten wird. Mit einer solchen Vorgehensweise wird die Stadt alle Entwicklungsspielräume verlieren und auch nicht wieder erlangen können.

Frau Dr. Bergner will im Stadtrat vernünftige Lösungen. Sie macht der Verwaltung den Vorwurf, einen tragfähigen Konsens verhindert zu haben.

Frau Dr. Haerting verweist auf die zu erwartende Nebenkostensenkung in der Auenschule. Grundsätzlich lehnt sie den Neubeginn großer Projekte (Stadion, Phänomene) ab.

Herr Dr. habil. Marquardt antwortet, dass es zu diesen o.g. großen Projekten unterschiedliche Meinungen und Mehrheiten gibt. Wenn es um Schulen geht, muss die Deckung aus dem GB IV kommen.

Abschließend wird festgehalten, dass **Frau Dr. Bergner** die Stellungnahme des Bildungsausschusses zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin formuliert. (s. Anlage)

zu 8 **Anfragen, Anregungen**

Wortprotokoll:

Frau Dr. Haerting fragt nach Schuleinzugsbereich der GS Lessing.

Herr Hildebrand verweist auf direkte Zusendung.

Herr Lange fragt nach der Studie auf die Frau Häußler in der Stadtteilkonferenz verwiesen hat.

Herr Hildebrand bittet in der Fraktion nach dem »Mutter-Papier« nachzufragen.

Frau Wolff bittet um Informationen zu den Auslastungszahlen im Planetarium für die nächste Ausschusssitzung.

Herr Bauersfeld erfragt den Sachstand bei den Baumaßnahmen an der TMS (HH-Sperre).

Herr Hildebrand bestätigt die Verzögerung des Prozesses.

Frau Dr. Haerting fragt erneut nach *dem Stand der Gestaltung von Schulhöfen aus dem Flächenpool für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.*

Herr Hildebrand ist dabei, dies innerhalb der Verwaltung zu klären und zu befördern.

Frau Dr. Bergner bittet, die Antwort der Verwaltung an Professor Deising zur Kenntnis zu bekommen.
Sie fragt nach, ob sich die Verwaltung um das Problem der GS Gimritzer Damm bemüht hat.

Herr Hildebrand kann die Elternproteste an die Stadträte nicht nachvollziehen. Deshalb keine Reaktion durch die Verwaltung.

Frau Dr. Bergner regt an, über die Schulbaurichtlinien des Lands Sachsen-Anhalt zu informieren.
Außerdem sollten Vertreter/innen der BBS List in den nächsten BA eingeladen werden, um ihr Projekt „1200 Jahre Halle“ vorzustellen.

Herr Bauersfeld wünscht einen Überblick über den Stand des PPP-Vorhabens.

Herr Dr. habil. Marquardt informiert, dass Halle mit dem Projekt Kita und Schulen als deutschlandweites Pilotprojekt bestätigt wurde.

zu 9 **Mitteilungen**

Wortprotokoll: -----

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

gez.
Dr. Ursula Wohlfeld
Protokollführerin

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende